

Mainz, 21.01.2026

Anfrage 0184/2026 zur Sitzung am 04.02.2026 Legalisierung von geduldetem Parkraum (FDP)

Im vergangenen Jahr ist die Verwaltung sehr offensiv gegen Fahrzeughalter vorgegangen, die ihren Personenkraftwagen in Bereichen abgestellt hatten, bei dem es an einer Legalisierung fehlte gleichwohl über Jahrzehnte geduldet worden war. Es gab eine Welle von Verwarnungen, viele Beschwerden von Anwohnern und Bürgern, insbesondere dadurch, dass unzureichend vor Maßnahmen informiert wurde und den Betroffenen auch keine adäquaten Alternativen angeboten wurde.

Wir fragen an:

1. Wird die Verwaltung diese Vorgehensweise weiter fortsetzen? Wenn ja, werden die Anwohner früher informiert oder andere Maßnahmen im Vorfeld anvisiert? Wenn ja, in welchen Bereichen und führt dies zu Stellflächenverlust im Vergleich zu den bisher genutzten Flächen? (Bitte konkret benennen)
2. Ist die Verwaltung bereit solche Flächen (wenigstens temporär) zu legalisieren, um Rechtsklarheit zu schaffen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung betroffenen Anwohnern, bei denen die Freiflächen für Parkraum erheblich reduziert wurden, andere neue Abstellmöglichkeiten zu ermöglichen (z.B. Quartiersgarage oder kostengünstigere Alternativen wie Parkflächen einzuzeichnen)?
5. Inwieweit wirkt sich bei diesen Angelegenheiten die Stellplatzverordnung der Stadt Mainz nicht als zukunftsweisend heraus, da die Anzahl von Stellplätzen pro Wohneinheiten nicht der realen Situation im Wohnviertel an angemeldeten PKWs entsprechen?

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende